

Deutsches Aktieninstitut e.V. Senckenberganlage 28 60325 Frankfurt am Main

Herrn
Olaf Scholz
Bundesminister der Finanzen
Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstr. 97
10117 Berlin

Dr. Hans-Ulrich Engel
Präsident
Telefon +49 621 60-43717
E-Mail engel@dai.de

27. August 2019

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir wenden uns an Sie mit der dringenden Bitte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Form einer reinen Aktiensteuer nicht weiter zu verfolgen.

Mit dem derzeit unter den zehn beteiligten Mitgliedstaaten diskutierten Vorschlag wird keines der mit der Steuer verbundenen politischen Ziele – Eindämmung von Spekulation, Beteiligung der Finanzindustrie an den Kosten der Finanzkrise und signifikante Einnahmeerzielung – erreicht.

Stattdessen würden vor allem Sparer, Kleinanleger, künftige Rentnergenerationen und Mitarbeiteraktionäre belastet. Sie würden einen Großteil der für Deutschland geschätzten Einnahmen von 1,2 Mrd. Euro jährlich zahlen. Genau das hatte die Bundesregierung versprochen zu vermeiden.

Die unmittelbaren Folgen einer Finanztransaktionssteuer hätten aber nicht nur die rund 10 Millionen Bürger zu tragen, die in Deutschland Aktien besitzen. Vielmehr würde die gesamte Altersvorsorge unter der neuen Steuer leiden. Angesichts des demographischen Wandels brauchen wir aber in Deutschland mehr private und betriebliche Vorsorge als Ergänzung zum gesetzlichen Umlageverfahren. Daher muss gerade die jüngere Generation viel stärker als bisher mit Aktien und Aktienfonds sparen, um den Lebensstandard im Alter abzusichern. Eine Aktiensteuer würde dem entgegenwirken, abschrecken und wäre daher kontraproduktiv.

Eine Aktiensteuer verteuert zudem Mitarbeiteraktienprogramme und damit die Möglichkeit, Beschäftigte am Produktivkapital des eigenen Unternehmens zu beteiligen. Dies ist aber wichtig, damit auch mittlere Einkommen und Geringverdienende einen größeren Anteil an den Erfolgen der deutschen Wirtschaft erhalten, und damit ihre Altersvorsorge stärken.

Schließlich müssen mehr Unternehmen in Europa und Deutschland an die Börse gehen. Nur so können sie sich Zugang zu dem Kapital verschaffen, das sie brauchen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen und vor allem auch die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen. Beides sind essentielle Voraussetzungen für Wachstum, Innovation und Beschäftigung in Deutschland.

Dies hat die Politik erkannt. Deshalb soll mit der „Kapitalmarktunion“ die Finanzierung über die Börse europaweit gestärkt werden. Auch in Deutschland gibt es Bemühungen, den Börsengang als Mittel der

Unternehmensfinanzierung attraktiver zu machen. Diese würden allerdings von einer Aktiensteuer konterkariert werden.

Aus den genannten Gründen warnen wir vor der Einführung einer Aktiensteuer, sei es in Kooperation mit anderen europäischen Staaten oder im Alleingang in Deutschland. Das Ziel, das Finanzsystem zu stabilisieren, würde so nicht erreicht, sondern sogar konterkariert. Im Ergebnis würden vor allem Sparer, Kleinanleger, künftige Rentnergenerationen und Mitarbeiteraktionäre belastet. Zudem würde eine Aktiensteuer die Bereitstellung von Kapital über die Börse gefährden und im Ergebnis damit auch Arbeitsplätze in Deutschland. Das kann politisch nicht gewollt sein.

Für ein vertiefendes Gespräch steht das Deutsche Aktieninstitut Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Ulrich Engel
Präsident